

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1925

6.6.1925 (No. 129)

Erpedition:
Karlsruher
Straße Nr. 14
Fernsprecher:
Nr. 953
und 954
Postfachkonto
Karlsruhe
Nr. 3015

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Verantwortlich
für den
redaktionellen
Teil
und den
Staatsanzeiger:
Chefredakteur
C. U n n e
Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 2,80 Goldmark einschließlich Zustellgebühr. — Einzelnummer 10 Goldpfennig, Samstags 15 Goldpfennig. — Anzeigengebühr 12 Goldpfennig für 1 mm Höhe und ein Siebentel Breite Briefe und Gelber frei. Bei Wiederholungen tarifreter Rabate, der als Kassenrabate gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Antliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karlsruherstraße 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Abgabe, zwangsweiser Verbreitung und Konsumverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperrung, Auslieferung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in Unerwartung unserer Lieferanten, hat der Interent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telephonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Abbestellun der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatschluß erfolgen. Umeinstellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatschluß erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung: Zentralhandelsregister für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Antliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags.

* Die Entwaffnungsnote

Die Entwaffnungsnote der Alliierten bringt unserem Volk mit einer gewissen Brutalität wieder einmal die schmerzliche Tatsache zum Bewußtsein, daß wir einen Krieg verloren haben und uns mit einem Sieger auseinandersetzen müssen, der die Begriffe Großmut und Großzügigkeit nicht zu kennen scheint. Und ob er die rechte Auffassung vom Begriffe der politischen Vernunft hat, bleibt gleichfalls fraglich.

Zu der Entwaffnungsnote ist kritisch vor allem zweierlei zu bemerken: nämlich, daß die nunmehr aufgezeichneten „Verfehlungen“ und „Verstöße“ in einem geradezu lächerlichen Verhältnis zur Schwere der wegen dieser Verfehlungen verhängten Sanktion (Nichträumung der Röhner Zone) stehen, und daß eine Reihe der in der Entwaffnungsnote von den Alliierten geäußerten Wünsche und Forderungen offenbar der Ausfluß kleinlicher Schikane sind.

Demgegenüber stehen als positive Momente: der Umstand, daß die Alliierten nunmehr ganz formell die deutsche Auffassung anerkennen, nach welcher die Besatzungsfrist faktisch am 10. Januar 1920 zu laufen begonnen hat, und ferner der Umstand, daß die Räumung der Röhner Zone, die Abberufung der Kontrollkommission feierlichst zugesichert werden, für den Augenblick, in welchem wir die in der Note vorgebrachten Verstöße beseitigt haben. Schließlich darf auch nicht verkannt werden, daß wenigstens ein Teil der Wünsche der Alliierten zweifellos ohne größere Schwierigkeiten erfüllt werden kann; wie denn überhaupt zugesagt werden muß, daß eine physische Unmöglichkeit, die von den Alliierten gestellten Forderungen zu erfüllen, an sich nirgends besteht, sehr im Gegensatz zu so manchen Forderungen des Friedensvertrags.

Die Reichsregierung und mit ihr das deutsche Volk hat nunmehr eine Entscheidung von größter Bedeutung zu fällen. Auch wir sind der Ansicht, daß die Entwaffnungsnote, so anscheinbar und kleinlich einzelne Wünsche auch sein mögen, keine Veranlassung geben darf zu schroffem Reinsagen oder zu einem wilden Auspeitschen nationaler Leidenschaft. Wir müssen auch jetzt kaltes Blut bewahren und in allererster Linie die politische Vernunft sprechen lassen. Sie gebietet, daß wir uns nicht etwa durch unüberlegte Handlungen den Weg zum Wiederaufbau, der ja doch trotz allem in klarer Sicht vor uns liegt, wieder verbauen. Nach Lage der Dinge kann dieser Wiederaufbau nun einmal nur dann wirklich erfolgreich vor sich gehen, wenn wir weiterhin an einer Politik ruhiger Verständigung mit unseren früheren Feinden festhalten.

Das alles schließt nicht aus, daß wir versuchen können, auf dem Wege von Verhandlungen noch eine Modifizierung oder Milderung dieser oder jener Forderung zu erreichen. Ob solche Versuche aussichtsreich sind, läßt sich heute schwer sagen. Die Gefahr ist und bleibt immer die, daß mit aussichtslosen Verhandlungen der Zeitpunkt der Räumung der Röhner Zone noch mehr hinausgezögert wird. Die Alliierten selbst haben klar ersichtlich großen Wert darauf gelegt, uns von dem Ernst ihrer Forderungen zu überzeugen. So heißt es in der Mantelnote:

„Die alliierten Regierungen halten es für wesentlich, die allgemeine Bemerkung in den Vorbergründ zu stellen, daß die Gesamtheit der Verstöße eine Lage schafft, die der deutschen Regierung gegenüber eine Wiederherstellung eines einseitigen, den Gedanken des „Volkes in Waffen“ bewirkenden Heeres ermöglichen würde, in förmlichen Widerspruch zu dem Friedensvertrage, nach dem das deutsche Heer ausschließlich zur Aufrechterhaltung der Ordnung innerhalb des Reichsgebietes und zum Schutze der Grenzen dienen soll. Diese Tatsachen sind es, die die Bedeutung jedes der festgestellten Verstöße in das rechte Licht setzen und dadurch ihrer Gesamtheit einen für den allgemeinen Frieden so gefährlichen Charakter geben. Um den Vertrag von Versailles in seinen grundlegenden Bestimmungen anzuwenden, ist deshalb die Beseitigung der wichtigsten Verstöße notwendig, deren Fortbestehen es verhindert, die militärischen Verpflichtungen Deutschlands als erfüllt anzusehen.“

Wir haben leider nicht die Möglichkeit, die Alliierten zu einer unserer Meinung nach richtigeren Auffassung zu bewegen. Sie sind, wie diese eben zitierten Sätze erkennen lassen, nun einmal davon durchdrungen, daß jene Verstöße als gefährlich anzusehen sind. Wir können hundertmal anderer Ansicht sein, befehlen werden wir die Alliierten wohl nur dann, wenn wir die Wünsche ihrer Note mit entsprechenden Taten beantworten.

In einer Beziehung haben die Alliierten es zweifellos verstanden, sich von vornherein eine ernste Beach-

tung ihrer Note zu sichern, nämlich, indem sie für die Erfüllung ihrer Wünsche gewissermaßen Preise aussetzten, die für jedes vaterländisch empfindende Herz etwas Bedrückendes haben. Kein guter Deutscher wird die Aussicht, nunmehr in kurzer Zeit die Röhner Zone geräumt und die Kontrollkommission verabschiedet zu sehen, gering achten. Was der Ton der Note betrifft, so muß man anerkennen, daß er würdig und angemessen ist.

Die Note der Alliierten

In dem am Donnerstag dem Reichskanzler übergebenen Memorandum der Alliierten Regierungen heißt es u. a.:

Die Alliierten Regierungen haben in der Anlage eine Zusammenstellung der Hauptpunkte der militärischen Bestimmungen gegeben, in denen die Alliierten noch nicht befriedigt worden sind, ferner eine Aufstellung der im einzelnen erforderlichen Maßnahmen, hinsichtlich denen die Alliierten der Kontrollkommission die nötigen Weisungen erteilt haben, sowie schließlich ein Verzeichnis der von den Alliierten bereits gemachten Zugeständnisse, da die Darstellung der Sachlage vervollständigt soll.

Die Alliierten Regierungen sind überzeugt, daß es von dem guten Willen der deutschen Regierung und der deutschen Behörden abhängt, die Verstöße in verhältnismäßig kurzer Frist abzustellen. Sache der deutschen Regierung ist es nunmehr, die Voraussetzungen zu erfüllen, die eine schnelle Räumung ermöglichen würde.

Die Alliierten Regierungen stellen fest, daß die Reparationskommission in dem anliegenden Schreiben erklärt hat, daß Deutschland seine Reparationsverpflichtungen getreulich erfüllt hat. Sie sind deshalb trotz der Vorbehalte, zu denen sie infolge der Nichterfüllung der Vertragsbestimmungen berechtigt sein würden, mit Rücksicht auf die ausfallgebende Bedeutung, die sie der Erfüllung der militärischen Vertragsverpflichtungen beimessen, bereit, den Befehl zu der Räumung der ersten Besatzungszone zu geben, sobald die angeführten Verstöße behoben sein werden. Sie zweifeln nicht, daß während der Durchführung der erforderlichen Maßnahmen kein neuer ernstlicher Verstoß Deutschlands der Auswirkung des Art. 429 ein Hindernis entgegenstellen wird. Alsdann wird die Kontrollkommission abberufen und der Völkerbundsrat hierüber verständigt werden, damit die von ihm zur Durchführung des Art. 213 beschlossenen Maßnahmen zur Anwendung gebracht werden können.

Gegenüber den deutschen Noten vom 6. und 27. Januar versichern die Alliierten Regierungen, wie schon in ihrer Note vom 28. Januar von neuem, daß sie sich auf genaueste an die Bestimmungen des Artikels 429 des Verfallers Vertrages zu halten gedenken. Die Behauptung der deutschen Note vom 6. Januar, daß die Alliierten mit der Nichträumung der Röhner Zone eine Vergeltungsmaßnahme ergreifen hätten, stellt ein völlig falsches Bild der Tragweite der Artikel 428 und 429 dar. Es war Sache der deutschen Regierung, sich den Vorwurf der Nichterfüllung der Verpflichtungen ihrer Verpflichtungen zu sichern. Die Alliierten Regierungen können auch nicht anerkennen, daß ihr Beschluß ein Akt darstelle, dessen Schärfe außer jedem Verhältnis der Bedeutung der nichterfüllten militärischen Bestimmungen stehe. Vielmehr ist seit langem verbleiblich auf die wesentliche Bedeutung der als untergeordnet hingestellten Verpflichtungen aufmerksam gemacht worden. Zudem hat die deutsche Regierung noch nach der Kollektivnote vom 29. September 1922 wiederholt neue schwere Verstöße in militärischer Hinsicht begangen, insbesondere durch die Einstellung von Freiwilligen in die Reichswehr, durch die an zahlreiche (nach den Vertragsbestimmungen verbotene) Verbände erteilte Genehmigung zur militärischen Ausbildung und durch die Vergrößerung des Ausbaues gewisser Maschinenanlagen in den Fabriken.

Die Alliierten Regierungen wollen in dem Wunsche, jede Auseinandersetzung zu vermeiden, nach Kennzeichnung dieser Irrtümer aus der deutschen Note vom 6. Januar lediglich die Beseitigung herausgreifen, daß die deutsche Regierung bereit ist, alles zu tun, um zu dem nötigen praktischen Ergebnis zu kommen. Deshalb erwarten sie aufs neue und nachdrücklich, daß die deutsche Regierung mit dem nötigen guten Willen an die Regelung herangeht, die der Ernst der Lage erfordert. Dies ist das einzige Mittel, um Deutschland durch Befreiung eines Teiles des besetzten Gebietes eine Erleichterung zu verschaffen.

Dem Memorandum der Votschafterkonferenz sind zwei Anlagen

beigegeben, von denen sich die erste eingehend mit der Frage der militärischen Abrüstung befaßt, während die zweite nur eine kurze Mitteilung der Reparationskommission an die Votschafterkonferenz, datiert vom 29. Mai 1925, enthält, wonach Deutschland seine Reparationsverpflichtungen, die gegenwärtig festgelegt, getreulich erfüllt hat.

Die Anlage I zerfällt in vier Teile. Im ersten wird der Stand der Erfüllung der deutschen Verpflichtungen auf militärischem Gebiete nach dem Bericht der Kontrollkommission vom 25. Januar 1925 wiedergegeben. Im zweiten Teil werden die nach Ansicht der Alliierten noch unerledigten Hauptpunkte, im dritten die geforderten ferneren Maßnahmen und im vierten die bisherigen Zugeständnisse der Alliierten zusammengefaßt.

Von den Artikeln 159 bis 180 des Vertrages werden als vollständig erfüllt bezeichnet: 160, Abs. 1, 163, 165, 172, 173, 175, 180, Absatz 1; als teilweise erfüllt: 160, Absatz 2 und 3, 169, 171, 176, 178, 179 und der Artikel 211. Die übrigen Artikel werden als nicht erfüllt bezeichnet, und es werden daran eine Anzahl einzelner Forderungen geknüpft.

1. Polizei

Gefordert wird die Durchführung der Maßnahmen, die der Polizei den Charakter eines regionalen und municipalen Organismus bewahren. Die Stärke der Beamten und Angestellten aller Kategorien soll 150 000 nicht überschreiten. Überzählige sollen verschwinden und alle Hilfsformationen beseitigt werden. Weiter seien der militärische Aufbau, die Ausbildung, die einen gemeinschaftlichen militärischen Charakter trage, und die Verpflichtung der Polizei für 12 Jahre, wie der Reichswehrruppen zu beseitigen, dem Personal der Charakter von Beamten auf Lebenszeit zu verleihen. Wenn die erforderlichen Schritte zur Durchführung dieser Maßnahmen getan seien, werde einer gewissen Zahl bedeutender Städte eine staatliche Polizei innerhalb der zugelassenen Stärke von 150 000 Mann, in einigen Großstädten die teilweise Kasernierung der Polizei zugestanden, worüber die Militärkontrollkommission auf Vorschlag der Reichsregierung zu entscheiden habe. Zum Schluß wird noch die Vernichtung der Einrichtungen der drahtlosen Telegraphie bei der Polizei gefordert, soweit es sich nicht um feste Stationen handelt, die von der Militärkontrollkommission zu genehmigen seien. Von der gleichen Stelle soll der Wortlaut der gefestigten Oberverwaltungsmaßnahmen genehmigt werden, die zur Durchführung obiger Maßnahmen erlassen werden.

2. Fabriken, Depots und Werkstätten

Es werden eine ganze Reihe von Forderungen auf Zerstörung von Maschinen und Zerstörung von Einrichtungen und Anlagen gestellt. So sollen u. a. in den DWM in Karlsruhe und Stättenau, sowie in der Fabrik Weyer in Oberndorf Maschinen der Patronen- und Patronenhülsefabrikation noch zerstört werden. Weitere Forderungen betreffen die Bayerische Sprengstoff AG. in Hanau, die Sächsische Gießfabrik in Döhlen und die Pulverfabrik Walsroben. Bei den Deutschen Werken in Spandau sollen der vierte Martinssofen und das Gebäude des Bessmer Stahlwerkes zerstört, das Walzwerk eingeschränkt werden, bei den Deutschen Werken in Hanau einige nicht näher angegebene Spezialmaschinen vernichtet, bei den Deutschen Werken in Döhlen sollen in Ausführung begriffene Bauten eingestellt, in Ausführung begriffene Werkstätten beseitigt und kein Neubau begonnen werden. Bei den genehmigten Fabriken Krupp in Essen und Weyen wird die Zerstörung einiger großer Maschinen gefordert. Schließlich werden noch Einschränkungen und Vernichtungen bei Volke-Wagdeburg und der M.A.S. A.G. in Reinsdorf, sowie Vorlage von Fabricationsplänen bei letzterer Firma, bei Krupp, Ehrhardt (Heimaustall) und bei noch nicht namhaft gemachten Fabriken, sowie einzelne Umstellungen gefordert, bei denen die Firma Simson in Suhl und die Dortmunder Union erwähnt werden.

Für die militärischen Werkstätten und Depots werden Umstellungen, Verlagerungen und Zerstörungen gefordert, so die Zerstörung von 17 Munitionsschuppen bei der Werkstätte des Wehrkreises Döhlen (?), die Beseitigung des Gaschulgassers Hannover, einzelner Werkstätten der Truppenteile und der Polizei.

3. Material-Ablieferung

Hier wird im wesentlichen das Vorhandensein zu vieler Ersatz- und Ergänzungsteile beanstandet. Für alle solchen Bestände wird Rückführung auf einen von der Kontrollkommission bestimmten oder zu bestimmenden Bestand bezw. Ablieferung gefordert. Die Anfertigung von Flakpatronen in nichtgenehmigten Werkstätten und die Anfertigung von 30 statt 15 Millionen als jährliches Übungsmaterial wird untersagt. Von der Polizei wird die Ablieferung der Maschinenpistolen, Karabinen, der überschüssigen Ersatzteile und der sämtlichen, angeblich 80 000 Stahlhelme gefordert. Schließlich wird die Ausrüstung des Heeres mit Gasmasken gerügt, deren Bestand von der Militärkontrollkommission in gewisser Höhe festzusetzen sei.

4. Reichswehrorganisation

Es werden die Befugnisse des Chefs der Heeresleitung beanstandet, der nach der Verordnung vom 26. September 1919 nur Chef des Stabes des Reichswehrministers, durch die Verordnung vom 11. August 1920 aber tatsächlich Oberbefehlshaber geworden sei. Hier wird die Wiederherstellung des Zustandes nach der ersten Verordnung und zwar durch Maßnahmen verlangt, die der Zustimmung der Militärkontrollkommission bedürfen. Auch die Heeresverwaltung und Heeresleitung, die eine vollziehende Kommandobehörde und einen Großen Generalstab darstellen, werden beanstandet, und es wird Amorganisierung dieses „Generalstabes“ gefordert. Das soll u. a. durch Aufhebung der Abteilungen der Heeresleitung geschehen, die sich die Beförderung von Offizieren im Ruhestand, mit der Inspektion für Waffen und Gerät befassen, ebenso der Abteilungen Luftstat, Gasabteilung und Zentral-eisenbahnverwaltung, während die für das Personal der Generalstabsabteilungen bestehende Abteilung amorganiert werden soll.

Schließlich werden bestimmte Beschränkungen der Ausbildung von Generalstabsoffizieren gefordert. Die Aufhebung der Zentralabteilung und der 16 Linienkommissionen, die Zerstörung des für Militärtransporte unterhaltenen Sondermaterials, die Beseitigung besonderer Einrichtungen der Eisenbahnen und die Abänderung von Anweisungen wird hier gefordert. In bezug auf Waffen- und M-Stärke werden Überschreitungen behauptet, die bei Divisionsstellen und Truppenteilen vorliegen sollen. Die Ausbildung der Infanterie mit Infanteriegeschützen, der Kavallerie mit leichten Maschinen-gewehren, das Zusammenwirken von Zivil-Luftfahrzeugen mit Militär wird beanstandet und verboten bezw. Verordnungen, die die Militärkontrollkommission genehmigen soll, werden gefordert. Das Personal der Militärverwaltung und die Zahl der Verwaltungseinrichtungen wird als zu hoch bezeichnet. Die Lebensmittelreserven der Reichswehr werden beanstandet. Verabfolgung, Veräußerung und gefestigte Maßnahmen (wie oben) werden gefordert. Eine nicht genehmigte Küsten-

Artillerieschule in Wilhelmshaven wird zugelassen unter dem Vorbehalt, daß Angehörige des Landheeres von ihr ausgeschlossen bleiben.

5. Heeresersatz und militärische Vorbereitungen

Gegenüber behaupteten besonderen Einstellungen für kurze Zeit (Warte- oder Probezeit, Ausbildungsurse, Zeitzweiligkeit) und gegenüber einer Ausbildung von Reserveoffizieren und der Verleihung des Charakters als Leutnant an auscheidende Unteroffiziere werden gesetzgeberische oder Verwaltungsmaßnahmen unter Genehmigung (wie oben) gefordert.

Die Verbände, wie Stahlhelm, Wehrwolf, Jungdeutscher Orden, deren Mitglieder militärische Ausbildung empfangen hätten, hätten von der Reichswehr Schießstände zur Verfügung gestellt bekommen und in vielen Fällen Ausbildungsurse durchgemacht. Hiergegen wird Veröffentlichung und gegebenenfalls Durchführung bestehender oder neuerlich erlassener Befehle oder Verordnungen verlangt, die verbieten sollen, daß die Verbände sich mit militärischen Dingen befassen oder irgendwelche Verbindungen mit Militärbehörden unterhalten.

6. und 7. Ein- und Ausfuhr, ferner Handel mit, sowie Besitz über unerlaubte Herstellung von Kriegsmaterial

Hier wird auf Verhandlungen Bezug genommen, die gegenwärtig zwischen der Militärkontrollkommission und der Reichsregierung im Gange sind, und gewisse Ergänzungen werden gewünscht.

8. Militärische Anlagen

Das Gesetz vom 26. August 1924, das die Schließung der deutschen Festungen verbietet und die Aufhebung der militärischen Anlagen vorsieht, soll durch eine von der Militärkontrollkommission zu genehmigende Maßnahme ergänzt werden zum Zweck der sofortigen und wirksamen Aufhebung aller Anlagen mit militärischen Anlagen.

Ähnliche Verbotsbestimmungen werden gefordert für die

9. Kriegseisenbahnen,

bezüglich deren das Gesetz vom 13. Juni 1873 noch nicht wirksam genug aufgehoben sei.

10. Festung Königsberg

Es wird u. a. Montierung der Geschütze auf ortsfesten Lafetten, Ablieferung allen rollenden und Ablieferung und Zerstörung überschüssigen Materials gefordert.

Ähnliche Forderungen werden unter

11. Befestigte Werke, Festungen und feste Plätze

erhoben.

12. Ablieferung von Zeichnungen

Es werden Zeichnungen der festen Plätze angefordert, die früher ungenau oder unvollständig abgeliefert worden seien. In die Vorhaltungen und Forderungen dieses Teiles der Anlage I schließt sich unter Teil IV eine Aufstellung der Zeichnungen an, die, beginnend mit dem Protokoll von Spa vom 9. Juli 1920, bisher vonseiten der Alliierten Regierungen, der Vorkonferenz oder der Militärkontrollkommission der Reichsregierung in Bezug auf die hier behandelten Artikel des Versailler Vertrages bereits gemacht worden seien.

Der Eindruck der Entwaffnungsnote in Berliner politischen Kreisen

Aber den vorläufigen Eindruck, den die alliierte Entwaffnungsnote in maßgebenden Berliner politischen Kreisen gemacht hat, berichtet W.F. folgendes:

Bei dem Umfang der Note und ihrer Anlagen ist ein abschließendes Urteil darüber selbstverständlich erst nach eingehender Prüfung möglich. Aus den Bestimmungen in den Anlagen der Note geht unmittelbar hervor, welche gewaltigen Leistungen Deutschland auf dem Gebiete der Abrüstung vollziehen hat und wie geringfügig von internationalen Gesichtspunkten aus im Verhältnis zu diesen Leistungen die einzelnen Punkte sind, deren Erledigung die Alliierten noch fordern zu können glauben. Dem gegenüber muß umso mehr befremden, daß in der Note wiederum die völlig verkehrte Auffassung der alliierten Regierungen über den deutschen Rüstungsstand zum Ausdruck kommt und daß dabei von schweren deutschen Verstößen und von der Nichterfüllung wesentlicher Bestimmungen des Versailler Vertrages gesprochen wird.

Die Ausführungen der Note werden beherzigt von dem Zeitgedanken, daß Deutschland sich die Möglichkeit zu verschaffen gewünscht habe, zu gegebener Zeit eine seiner Größe und seiner Bevölkerungszahl entsprechende kriegsbereite Armee aufzustellen. Dieser Gedanke, der den wahren Sachverhalt geradezu auf den Kopf stellt, muß mit der größten Entschiedenheit zurückgewiesen werden. Jeder, der aus den umfangreichen Dokumenten den eigentlichen sachlichen Kern herausfächelt, sieht sich vor die Frage gestellt, ob das denn alles ist, womit die Legende

von dem waffenstarken und angreifslustigen Deutschland erklärt werden soll.

Auf der anderen Seite bringt die Note im Vergleich mit den beiden alliierten Noten vom Januar des J. 28. und im Vergleich mit sonstigen Auslassungen alliierten Regierungen wenigstens den Fortschritt, daß sich jetzt zum erstenmal mit einiger Sicherheit übersehen läßt, welche konkreten Einzelanforderungen die Alliierten in der Entwaffnungsfrage nach an Deutschland stellen wollen und daß sie die ausdrückliche Verpflichtung eingegangen sind, nach Befriedigung dieser Forderungen endlich die nördliche Rheinlandszone zu räumen. Wenn deutscherseits auch nach Kenntnisnahme der neuen Note nicht anerkannt werden kann, daß etwaige Rückstände auf dem Gebiete der Abrüstung die Nichterfüllung des vertragsmäßigen Räumungstermins rechtfertigen könnten, so hat die Situation doch eine wesentliche Klärung dadurch erfahren, daß die Alliierten sich nunmehr auf diese Verpflichtung festgelegt haben.

Dabei kann aber niemals vergessen werden, daß es zur Erzielung dieses Ergebnisses eines Zeitraumes von 6 Monaten bedurfte und daß die Erledigung der Räumungsfrage, d. h. der Befreiung des wichtigsten Teils des Rheinlandes von der Last der fremden Besetzung willkürlich um diesen Zeitraum verzögert worden ist. Wäre man der Anregung der deutschen Regierung vom August und September vor. Jahres über die Durchführung der Generalinspektion im Wege der Verhandlung gefolgt, so würde diese Verzögerung vermieden worden sein.

Denselben Weg der Verhandlung wird man jetzt über zahlreiche Einzelpunkte der Note gehen müssen, wenn nicht erneut eine starke Verlangsamung in der Erledigung der Entwaffnungs- und Räumungsfrage eintreten soll. Die zuständigen Stellen werden sofort an eine sorgfältige Prüfung der Note herantreten. Soweit sich dabei ergibt, daß Rückstände gegenüber den Verpflichtungen der deutschen Regierung bestehen, wird deren Beseitigung alsbald erfolgen. Vielfach werden die Verhandlungen der alliierten Regierungen noch weiterer Klärung bedürfen, wie dies die Anlagen der Note auch selbst vorsehen.

Doch sich Deutschland zu keinerlei Maßnahmen verpflichten kann, die bei lokaler Auslegung noch über die Bestimmungen des Versailler Vertrages hinausgehen, oder die später beiderseits gebilligte Regelung preisgeben, versteht sich von selbst. Man ist sich in deutschen Regierungskreisen des Ernstes der Situation, von dem die alliierte Note spricht, vollkommen bewußt, wenn man auch die Tatsachen, die zu dieser Situation geführt haben, wesentlich anders als die alliierten Regierungen beurteilt.

Die Alliierten haben peinliche Innehaltung des Versailler Vertrags zugesagt; die deutsche Regierung ihrerseits hat niemals einen Zweifel darüber gelassen, daß sie gewillt ist, ihren vertraglichen Verpflichtungen getreulich nachzukommen. Auf ihr Recht, dabei ihren eigenen Rechtsstandpunkt in der Auslegung des Vertrages zur Geltung zu bringen, und damit den Anspruch Deutschlands auf Selbsthaltung zu wahren, kann sie aber nicht verzichten.

Nachdem durch die verspätete Bekanntgabe der alliierten Forderungen die Räumung der nördlichen Rheinlandszone, auf die Deutschland Rechtsanspruch hat, solange verzögert worden ist, dürfen durch die Forderungen, deren Vertragswidrigkeit sich etwa bei näherer Prüfung ergeben sollte, nicht weitere Rechtsnachteile für Deutschland entstehen.

Die deutsche Regierung hat kein anderes Ziel, als daß auf dem Boden allseitiger Erfüllung der übernommenen Verpflichtungen endlich ein wahrer Friedens- und fester Rechtszustand herbeigeführt wird, damit dem deutschen Volke Ruhe für den Wiederaufbau und für die fruchtbarste Zusammenarbeit mit den anderen Völkern verschafft wird.

Berliner Blätterstimmen

In den Kommentaren zu der Entwaffnungsnote der Alliierten weisen die Berliner Blätter einstimmig darauf hin, daß schon die Länge der Note für die Vorbereitung der Note beweise, auf wie schwachen Füßen die Begründung für die Verlängerung der Besetzung Kölns stehe.

Die „Deutsche Tageszeitung“ sagt, wenn es noch eines Beweises bedürft hätte, daß die Entente aus ein Volk ohne Souveränität behandelt, so sei es die Forderung, daß die internationalisierte Militärkontrollkommission den Vorläuf von Gesetzen genehmigen oder gar bestimmen soll.

Die „Kreuzzeitung“ bezeichnet es als völlig ausgeschlossen, Forderungen zu akzeptieren, die mit der Ehre und den Lebensmöglichkeiten des deutschen Volkes unvereinbar seien.

Der „Volksanzeiger“ erklärt, die Forderungen in Bezug auf die Industrie seien von ungeheurer Bedeutung für Deutschlands wirtschaftliche Zukunft. Die Zerstörung aller bezeichneten Maschinen bedeute eine Ausgabe von einer vierten Milliarde, durch deren Aufbringung alle Voraussetzungen der Einführung des Dawesplanes über den Haufen geworfen würden.

Dieses Gerücht hat sich heftig in den Sommermonaten zur Ausführung zu bringen. Immer wieder muß betont werden, daß das Grundbild unseres Schauspielers in der mangelnden dramaturgischen Beratung und Leitung besteht.

Der Inhalt von Max Mell's „Apostel“ ist bewusst einfach und erstrebt dabei das Höchste: die Entwidlung des Mysteriums aus dem Wimus. In eine abgelegene Bauernhütte zu Grohater und Enkelkind kommen zwei Fremde mit Nord- und Raubabsichten, wobei der Ältere mehr aus Neugier, der Jüngere aus kommunistisch-fanatisher Habsucht getrieben ist. Die Güte des Grohater's und das gläubige Vertrauen des bibelfesten Kindes, das in den beiden Fremden heilige Apostel zu schauen glaubt, übermächtigen allmählich die Nordger. Das tiefe Bibelmot hat seine Kraft erwiesen, der Glaube hat geholfen. Die künstlerische Stärke des Spiels liegt darin, daß Mell dieses Mysterium mit einfachsten realistischen Mitteln erzielt in naturalistischer Vereinfachung von Ort und Zeit. Der Eindruck wäre noch verstärkt worden, wenn die beiden Bauerneinstalten, namentlich der Grohater, nicht etwas zu sehr an Gestalten aus Gahngofers Lederhosen-dramatik erinnert hätten.

Gugs Söder, der den Grohater warm und herzlich spielte, unterstrich diese leicht kitschige Note noch, namentlich in der Ankündigung des Spiels. Von den beiden Fremden bot namentlich Ulrich v. d. Trend eine prachtvoll gezeichnete realistische Figur. Im Mittelpunkt aber handelte es sich um Stille wie der Aufführung Eth Wechsamer als Enkelkind Magdalena. Sie bot die beste Leistung, die ich von ihr während ihrer Zugehörigkeit zum Landestheater beobachten konnte. Schlicht und innig, naiv und überzeugend wuchs sie in ihrer rührenden Schwäche zu einer überwältigenden Stärke, deren entzündende Gewalt gegenüber den Nordgeräten unbedingt überzeugend wirkte. Ulrich v. d. Trend hatte dem Spiel einen angemessenen Rahmen verliehen. Es wäre zu wünschen, daß dem krebshelmen Künstler noch weitere Gelegenheiten geboten würden, sich in Regieführung zu versuchen.

In dem Hans Sachs-Spiel, das vorausgeschickt wurde, zeigte er allerdings keine glückliche Hand. Der erstrebte Folgschnitt-

Die „Germania“ bezeichnet die Note als Beweis dafür, daß der Versailler Friede kein Friede sei, sondern ein Mittel zur Wahrung des Kriegesgeistes.

Die „Vossische Zeitung“ sieht in den Forderungen, die Maschinen in den Fabriken zu zerstören, eine Desarmierung der deutschen Wirtschaft und nicht der deutschen Wehrmacht. Es handelt sich um die Schwächung der Konkurrenzfähigkeit der deutschen Industrie gegenüber der englischen Industrie.

Der „Vorwärts“ sagt, diese Note erinnere Deutschland in peinlichster Weise daran, daß es ein besiegter Staat sei. Eine derartige ins Einzelne gehende Einnischung in die Angelegenheiten der deutschen Wehr- wie Polizeimacht, wäre erträglich, wenn sie von einer Instanz ausginge, die allen Staaten gleichmäßig übergeordnet sei und alle mit gleichem Maße messe. Einstweilen aber bleibe es dabei, daß nur die Besiegten abrüsten müßten und weiter abrüsten müßten, wie die Sieger es ihnen nach ihrer Auslegung des Vertrages vorschreiben.

Englische Pressestimmen

Die Londoner Morgenblätter sind mit ihren Kommentaren über die alliierte Entwaffnungsnote sehr sparsam. Die meisten Blätter beschränken sich darauf, den Inhalt der Note wiederzugeben.

Von den liberalen Blättern nimmt nur „Daily News“ in einem Leitartikel dazu Stellung. Das Blatt glaubt nicht, daß der Verdacht, Deutschland strebe insgeheim danach, die Bildung einer großen militärischen Macht vorzubereiten, begründet ist, fordert aber die deutsche Regierung auf, wirkliche Schritte gegenüber den Entwaffnungsbestimmungen des Vertrages zuzunehmen, sei es auch nur, um die leicht erregbare Weltöffentlichkeit zu entwarnen. Das Blatt bezeichnet einige Forderungen als schicklich, andere seien aber begründet und müßten unbedingt gutgemacht werden.

Von konservativen Blättern bespricht „Daily Telegraph“ die Note in einem Leitartikel. Das Blatt erwähnt zunächst die fünfmonatige Verzögerung in der Abwendung der Note, die es aber durch die lange französische Ministerkrise ausreichend begründet findet, und erklärt dann, nachdem Dr. Luther die Note in Händen habe, werde er hoffentlich zwei bemerkenswerte Tendenzen beobachten, nämlich 1. daß die Nichterfüllung von den alliierten Regierungen nicht als geringfügig betrachtet werden können und 2. daß die Note so gemäßig in der Form sei, wie es bei einem derartigen Dokument nur möglich sei.

Das Arbeiterblatt „Daily Herald“ ist damit einverstanden, daß Deutschland abrüsten, verlangt, aber daß eine allgemeine Abrüstung aller Mächte folgen solle und daß die Alliierten nicht die unmögliche Politik fortsetzen, das entwaffnete Deutschland mit einem Ring bewaffneter Staaten zu umgeben.

„Daily Graphic“ sagt, die in der Note aufgezählten Verstöße seien nicht derart, daß ein unbefangener Beobachter zu der Ansicht gelangen könnte, Deutschland bereite insgeheim Mannschaften und Material für einen Machkrieg vor. Auf jeden Fall müßten aber alle Verstöße gutgemacht werden. Was Großbritannien betreffe, so betrachte es die deutsche Abrüstung als den Ausgangspunkt für eine allgemeine europäische Abrüstung.

Die Sitzung des Reichskabinetts

unter Vorsitz des Reichspräsidenten am Freitag wird folgende amtliche Mitteilung ausgegeben:

„Der unter dem Vorsitz des Herrn Reichspräsidenten zusammengetretene Ministerrat dauerte bis 2 Uhr nachmittags. Es fand eine allgemeine Aussprache über den Inhalt des Memorandums sowie über die weitere Behandlung der Angelegenheit statt.“

Wie aus dem Reichstag mitgeteilt wird, beabsichtigt der Vorsitzende des Ausschusses Abg. Daxl, den Ausschluß zur Beratung der Entwaffnungsnote auf den nächsten Mittwoch einzuberufen.

Die Konferenz der Ministerpräsidenten der Länder, die sich mit der Entwaffnungsnote zu befassen haben wird und zum ersten Male seit dem Amtsantritt des Reichspräsidenten v. Hindenburg stattfindet, wird nicht schon am Mittwoch, sondern wahrscheinlich erst Ende der nächsten Woche abgehalten werden.

Generaldirektor Defer hat am Freitag nach seiner Rückkehr von seinem Erholungsurlaub nach Berlin die Leitung der Geschäfte der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft wieder aufgenommen. Der für die Dauer seiner Abwesenheit mit der Wahrnehmung der Geschäfte des Generaldirektors beauftragte Staatssekretär a. D. Stieler wird auf seinen Wunsch sich nach München zurückgeben.

Kammerspiele im Städtischen Konzerthaus

Zum ersten Male:

Die Gott Adams und Was Kinder segnet.

Spiel von Hans Sachs. — Bearbeitung von Max Mell.

In Szene gesetzt von Ulrich v. d. Trend.

Hierauf zum ersten Male:

Das Apostelspiel

Von Max Mell

In Szene gesetzt von Ulrich v. d. Trend

Es stellt sich allmählich als überflüssig heraus, mit der Theaterintendanz rechten zu wollen über den Charakter der Kammerpielaufführungen. Nach den bisherigen Erfahrungen läßt sie ihre Auffassung von Kammerpielen nicht durch innere Form und Gehalt bestimmen, sondern durch den äußeren Rahmen. Nicht die Art der Gestaltung feinsinniger und verwidelter Probleme scheint ihr bestimmend, sondern die Vereinfachung des Bühnenapparates und die Kürze der Aufführungsdauer. Von dieser Voraussetzung aus kann gegen den gestrigen Kammerpielabend nichts eingewendet werden, ja darüber hinaus darf festgestellt werden, daß das Apostelspiel von Max Mell eine Stimmungsgewalt auslöste, die gegenüber den letzten zu Kammerpielen deklarieren oberflächlichen Studien von Schnitzler und Peter Ranfen seiner Aufführung im Rahmen der Kammerspiele auch innere Berechtigung verlieh. Denn schließlich bietet ja auch der Stimmungsgewalt und Gefühlsgewalt durch seine brennende Stärke und geschlossene Einheit ein ebenso wichtiges Kriterium des Kammerpielcharakters wie der Gehalt an Gedanklichem.

Wir freuen uns daher, „Das Apostelspiel“ in den Spielplan unserer Kammerspiele aufgenommen zu sehen. Aber allerdings zeigt sich auch sofort wieder die führungslöse Zufälligkeit unserer Spielplangestaltung. Sonst wäre es doch unmöglich gewesen, das „Apostelspiel“, das seinem ganzen Charakter gemäß in Zeiten besonderer Jenseitsgerichtsbarkeit, wie Weinachten und Ostern, besonders stark wirken muß, in der Zeit kürz-

stil mihlang, da er nicht durchgeführt wurde. Der frische Charakter des Spiels wurde verflüchtigt. Der Faustnachtspielstil war verlassen und die erstrebte Holzschnittmanier nur teilweise erreicht, so daß der Gesamtindruck an jene üblichen historischen Nachbildungen aus Holz oder Kasse erinnerte. Die Sprecher des Spiels: Alfons Koeble als Adam, Martha Moeller als Eva, Fritz Herz als Der Herr entlebigen sich ihrer Aufgabe in gewohnter tüchtiger Weise. Prof. Dr. Karl Poll.

Professor Jiegler f. Der Professor der Zoologie an der Technischen Hochschule in Stuttgart und an der landwirtschaftlichen Hochschule in Hohenheim Dr. Jiegler erlitt einen Schlaganfall, der seinen sofortigen Tod herbeiführte. Professor Jiegler hat sich besonders mit Forschungen auf dem Gebiete der Vererbungslehre und der Tierpsychologie beschäftigt.

Die Goethegesellschaft ist am Freitag in Weimar wieder zusammengetreten. Goethefreunde und Goetheforscher aus Deutschland und Österreich haben sich zahlreich eingefunden. Die erste Sitzung wurde unter dem Vorsitz des Dr. Nölde abgehalten. Zunächst wurde der Geschäftsbericht erstattet. Danach wurde der bisherige Vorstand durch Jura wiedergewählt mit Dr. Nölde an der Spitze. Für drei ausgegebene Mitglieder wurden auf Vorschlag einstimmig neu gewählt: Baron von Beckedorf-Wien, Kultus-Senator Dr. Strunz-Danzig und Freiherr von Biebermann.

Der Deutsche Geographentag in Breslau wählte an Stelle der auscheidenden Mitglieder in den Zentralausschuß die Herren Prof. Dr. Friedländer-Breslau und Prof. Dr. Behrmann-Frankfurt a. M. und bestimmte als Ort der nächsten Tagung im Jahre 1927 Karlsruhe in Baden.

Camille Flammarion f. Der berühmte französische Astronom Camille Flammarion ist am Mittwoch, wie aus Paris gemeldet wird, 88-jährig gestorben. Flammarion war besonders durch eine „Vollständige Astronomie“ bekannt, ein Werk, die etwas abstrakte Wissenschaft in weiten Kreisen populär gemacht hat.

KARL LANG Kaiserstr. 167 I. Telefon 1073 (Salamander-Schuhhaus)

Günstige Bedingungen

ermöglichen den Kauf eines erstklass. Pianos oder Harmoniums

Schwere Kämpfe in Marokko

Madrid meldet aus Marokko, daß die Abd-el-Krim ergebene Dissidentenarmee eine heftige Offensive gegen das Gebirge von Tanezat eröffnet haben. Die französischen Truppen hätten sich anfangs etwas zurückgezogen. Nach dem Eingreifen der Gruppe Freydenberg sei aber der Kampf zugunsten der Franzosen fortgesetzt worden. Die Schlacht dauere augenblicklich noch an.

Die Spanier wollen in der Zeit vom 11.—15. Juni die geplanten Operationen gegen Alhucemas beginnen. Sie werden von der Bitterung auf dem Meere abhängen, denn die vorbereitenden Operationen sehen eine dreitägige Beschließung durch gemeinsames Feuer der Schiffsgeschütze und der Flugzeuge vor. Alhucemas würden die Truppenlandungen vorgenommen werden. Zahlreiche Flieger hätten beim Überfliegen feindlichen Gebietes festgestellt, daß die Rif-Leute zwischen Alhucemas und Ajdir, dem Hauptquartier Abd-el-Krims, Schützengräben aufgeworfen hätten. 30 Geschütze seien auf verschiedene strategisch wichtige Punkte verteilt festgesetzt worden, was auf eine europäische Kriegsführung bei den Rif-Leuten schließen lasse. General Primo de Rivera selbst werde die Operationen an Bord eines Kreuzers leiten. Er habe am Freitag in Tetuan mit der Auswahl der für die Operationen bestimmten Truppen begonnen.

Kurze Nachrichten

Keine Teilnahme des Reichspräsidenten an der Jahrestausendfeier. Beim Landeshauptmann der Rheinprovinz in Düsseldorf, Dr. Borian, ist eine Mitteilung eingegangen, daß der Reichspräsident mit Rücksicht auf die wichtigen Beratungen und Entscheidungen der nächsten Woche nicht in der Lage ist, der Einladung der Rheinprovinz zur Teilnahme an der Jahrestausendfeier zu folgen.

Das Tragen von Militäruniformen. Der Reichsrat hat einen Gesetzentwurf angenommen über die Ausübung des Rechts des Tragens von Militäruniformen durch Angehörige des alten Heeres. Danach wird der Reichspräsident ermächtigt, mit Zustimmung des Reichsrates nähere Bestimmungen über das Recht zum Tragen einer Militäruniform zu erlassen. Damit fällt die Ausnahmeverordnung vom 30. August 1921.

Zusammentritt der preussischen Zentrumsfraktion. Am Montagabend wird die Zentrumsfraktion des Preussischen Landtages, den Blättern zufolge, zu einer wichtigen Sitzung zusammentreten. Die Fraktion wird sich mit der Frage befassen, ob eine Umbildung der gegenwärtigen preussischen Regierung notwendig sei, oder ob man das Kabinett in seiner bisherigen Zusammensetzung bestehen lassen solle.

Aufdeckung eines Attentatsplanes gegen König Alfons. Aus Vergnan in Paris eingegangene Nachrichten, die durch die Omas verbreitet werden, melden die Aufdeckung eines Attentatsplanes gegen König Alfons von Spanien. Einige Kilometer von Barcelona an der Eisenbahnstrecke Madrid-Barcelona, die der Hofzug passieren mußte, soll eine Bombe starken Kalibers entdeckt worden sein. Im Zusammenhang damit sollen 19 Personen, meist Studenten und Handlungsgehilfen, die einer extremistischen katalonischen Geheimgesellschaft angehören, verhaftet worden sein.

Badischer Teil

Die Internationale Polizeitechnische Ausstellung in Karlsruhe

Wird morgen vormittag durch den Minister des Innern Kemmelé eröffnet werden. Außer den Spitzen der staatlichen, der Reichs- und der städtischen Behörden, werden an der Eröffnung der Ausstellung in großer Zahl amtliche Vertreter der die Ausstellung besuchenden Länder teilnehmen. Wie bereits mitgeteilt, treffen zur Eröffnung der Ausstellung die Minister Stähler (München), Holz (Stuttgart), von Brentano (Darmstadt) und Dr. Sattler (Weimar) ein. Außerdem nimmt an der Eröffnung, zu der auch zahlreiche Vertreter des badischen Landtags erscheinen werden, eine Abordnung des sächsischen Landtags teil.

Welch großes Interesse sich überall in Deutschland an der Ausstellung geltend macht, geht daraus hervor, daß eine Reihe von Sonderzügen aus allen deutschen Ländern vorbereitet wird. Überall sucht man in weitestem Maße den Bestrebungen Rechnung zu tragen, die Ausstellung allen an der Entwicklung der modernen Polizeitechnik beteiligten und interessierten Kreisen zugänglich zu machen. Daraus erklärt sich nicht nur das lebhafteste Interesse der deutschen wie der ausländischen Presse, die zur Ausstellung zahlreiche Vertreter entsendet, sondern auch die Abhaltung verschiedener Tagungen in Verbindung mit dem Besuch der Ausstellung.

Besondere Bedeutung kommt der Vortragsreihe zu, die für die Dauer der Ausstellung vorgesehen ist. Im Rahmen dieser Vorträge werden alle Fragen der modernen Entwicklung der Polizeitechnik von führenden Sachleuten des In- und Auslandes behandelt werden. Der im Gang befindliche letzte Abschluß der Vorbereitungen mit dem in der großen städtischen Ausstel-

lungshalle und in der Ausstellungshalle des Landesgewerbeamts alle beteiligten Kräfte aufs intensivste befaßt sind, läßt mit Bestimmtheit erwarten, daß die Ausstellung in allergrößtem Umfang

ein geschlossenes Bild der gesamten modernen Polizeitechnik bietet, wie es bisher in Deutschland noch nicht gezeigt werden konnte. Die Fülle des ausgestellten Materials wird nicht nur dem sachlich Interessierten, sondern auch dem Nichtfachmann viel des Lebenswerten, bedeutsamen Anregungen, vor allem aber einen geschlossenen Überblick über den Stand der modernen Verbrechensbekämpfung gebieten.

Für Elektrifizierung der Bahnstrecke Frankfurt a. M.—Basel

D. Mannheim, 6. Juni. In der hiesigen Handelskammer versammelte sich gestern eine Anzahl Interessenten von Handel, Industrie, Handwerk und Landwirtschaft, des Hotelgewerbes und der Verkehrsvereine aus Baden, Hessen, Preußen und der Schweiz, um zur Elektrifizierung der Eisenbahnstrecke Basel—Frankfurt a. M. Stellung zu nehmen. Allgemein wurde auf die große wirtschaftliche Bedeutung des Unternehmens für die angrenzenden Länder aufmerksam gemacht und die baldige Verwirklichung des Unternehmens gefordert.

Badischer Städtebund

Der Badische Städtebund hält am Samstag den 27. ds. Mts. seinen 30. ordentlichen Stadttag in Breisach ab.

Aus der Landeshauptstadt

Badische Lichtspiele-Konzertsaal

In den Bad. Lichtspielen wird anlässlich der polizeitechnischen Ausstellung der große Hundsfilm „Mintintin, der Hund von Karibu“ vorgeführt. Mintintin, der durch seinen fabelhaften Spürsinn, seine unerhörte Intelligenz und berblühenden Leistungen als Springer und Kämpfer überall Stürme der Begeisterung hervorruft, stellt sich seinen auch hier nach Tausenden zählenden Bewunderern in einer neuen Rolle vor. Mintintin hat ein selten scharfes Gedächtnis (im Film wenn er den Tod seines Herrn greifbar ausfindig macht und seinen Herrn in höchster Lebensnot aus dem 2. Stockwerk eines Hauses durch Fensterläden rettet). Er hat ein sehr feines Nervensystem, ausgeprägtes Ortsgedächtnis und ein seltenes Vermögen, sich in unbekanntem Gelände zurechtzufinden; er ist der Schnellste und ausdauerndste Läufer, ein sehr geschickter Schwimmer und Taucher und der beste Kletterer. Mintintin ist trotz seines amerikanischen Herrn und französischen Namens ein deutscher Schäferhund und Kriegswaise, den das Kriegsende nach Amerika verschlug. Mintintin ist der Name der kleinen Glümpchen, welche die Franzosen anfertigten und ihren Verbündeten schenkten, bevor sie an die Front gingen. Sein neuer Herr nannte ihn darnach „Mintintin“ d. h. Glümpchenbringer. Der Film, von wunderbolten artischen Landschaften umrahmt, ist in jeder Beziehung ein Meisterstück und zeigt uns, wie bei starker Förderung und Entwicklung der natürlichen Instinkte und Fähigkeiten gewisse Hundestämme, der Hund nicht allein Kletterer und Beschützer seines Herrn sein, sondern auch wichtige Rolle und außerordentliche Verwendung findet er auch im Dienst der Polizei, beim Erkennungsdienst und Fahndungswesen zeigen kann. An die Vorführung dieses Films schließt sich jeweils ein täglich wechselnder Film aus dem modernen großstädtischen Polizeiwesen an.

Jubiläum. Am nächsten Sonntag sind es 25 Jahre, daß Kirchenrat Fischer als Hofgeistlicher in der Schlosskirche eingeführt wurde. Die Schlosskirchen-Gemeinde wird dieses Jubiläum im Hauptgottesdienst feiern.

50-jähriges Jubiläum der Synagoge. Vor 50 Jahren erfolgte hier die Einweihung der neuen Synagoge in Gegenwart der großherzoglichen Familie. Die Genehmigung des Baues erfolgte nach dem Plane des Prof. Josef Durm.

Der „Tag des deutschen Badewesens“. Der zweite Tag, der Freitag, brachte am vormittag die Tagung der Deutschen Gesellschaft für Bäderwesen. Im Verlauf der Tagung für das Deutsche Bäderwesen sprach der erste Vorsitzende des Deutschen Schwimmverbandes Dr. Hans Weisow, Berlin über „Die Förderung des Bäderwesens durch den Schwimmverband“, der Vorsitzende der Lebensrettungs-Gesellschaft Georg Nag aus Berlin über die Ziele und Forderungen der Gesellschaft. Im Anschluß daran verteilte sich Oberstadtkonrath Barousch aus Wien über „Das neue Smallexbad in Wien“ und schließlich sprach Prof. Dr. Stähler aus Freiburg über den schwimmtechnischen Erziehungsgebanten. Weiter hielt der Verein Deutscher Bäderfachmänner seine 18. Jahresversammlung. Zur gleichen Zeit hielt auch der Gesamtvorstand des Deutschen Schwimmverbandes eine Sitzung ab, auf der als Ort des Verbandstages 1926 Berlin bestimmt wurde. Ferner tagte der Reichsverband für Bäderbetriebe e. V. — Am nachmittag fand eine Besichtigung des Mineralbades auf einer Bootsfahrt statt, welche eine Fahrt nach der Insel Rappenmünd, wo Bürgermeister Schneider am Hand der Pläne die Errichtung eines Strambades und Erholungsortes am Rhein erläuterte. Es soll ein gewaltiges Bäderbad errichtet und außerdem das Bädergelände zu einem schönen Volkspark umgewandelt werden. Ein großes Restaurant ist ebenfalls vorgesehen, außerdem noch Gelände für Sommerbäder und Spielplätze. Am Samstag bei Marzau mit Bootsausfahrt, Panzerboot, bengalischer Beleuchtung, Musik und Geknüllvorträgen beendet den zweiten Tag.

Wetternachrichtendienst der Badischen Landeswetterwarte Karlsruhe vom 6. Juni, 8 Uhr morgens. Das norddeutsche Hochdruckgebiet ist mit seinem Zentrum weiter ostwärts nach Europa gezogen; damit hat sich die für heißes Sommerwetter charakteristische Druckverteilung eingestellt. Die von den warmen Landflächen Osteuropas nach Westen fliehenden Luftmassen werden durch die starke Sonneneinstrahlung bei wolkenlosem Himmel noch weiter angeheizt. — Über Frankreich hat sich durch die starke Erwärmung eine schwache Zyklone gebildet unter deren Einwirkungen es strichweise zu Wärmegewittern kommen wird. Voraussichtliche Witterung für Sonntag: meist heiter, sehr heiß, nur strichweise Wärmegewitter, besaglichen Montag.

Der Londoner Feingoldpreis. Nach einer Bekanntmachung der Devisenbeschaffungsstelle vom 2. Juni ds. Js. beträgt der Londoner Goldpreis für eine Unze Feingold 84 sh 11 1/2 d, bzw. für ein Gramm Feingold 32,777 pence.

D. Reichenau, 4. Juni. Zur Hundshundertjahrfeier der Abtei Reichenau nahmen die Festlichkeiten unter Anwesenheit zahlreicher Gäste und Mitarbeiter des Reichenauerwerkes, durch die Begrüßung des Bischofmeisters mit nachfolgendem Vortrag des Stadtschreibers Dr. Albert aus Freiburg über „Stimmen über die Reichenau aus alter und neuer Zeit“ sowie einer Besichtigung der etwa 200 Radierungen von Reichenauer Künstlern, zu welchen Dr. Beringer-Mannheim die künstlerischen Erläuterungen gab, ihren Anfang. Der zurzeit auf der Pfingstkonzert-Karlsruher Hofkapelle in Konstanz weilende ehemalige österreichische Bundeskanzler, Dr. Seipel, und der frühere bayerische Ministerpräsident, Graf Ledersfeld, nahmen an der Feier teil. Am Freitag nachmittag trafen der badische Staatspräsident Dr. Fellbach und am Samstag nachmittag die beiden Minister Köhler und Trunk zur Begrüßung an der Feier ein.

Verschiedenes

Das Schicksal Amundsen

In einer Sitzung des norwegischen Luftfahrtvereins in Oslo wurde beschlossen, die vier Flugzeuge für Amundsen unter Kontrolle zu halten und hierzu sich auch an den französischen Polarforscher Charcot und ein in New York für Amundsen gebildetes Komitee zu wenden. In einem Interview erklärte der schwedische Polarforscher Nansen, Amundsen würde ungewisslich versuchen, Kap Columbia zu erreichen, wenn es ihm gelükt sei, den Pol zu erreichen. Die Flugzeuge werde er jedoch nicht mehr benutzen können.

Die Hitze in Amerika. In New York, 6. Juni. Infolge der großen Hitze bleiben heute die Geschäfte in New York geschlossen.

Badisches Landes-Theater

Spielplan für 6. bis 16. Juni 1925

Im Landes-Theater:
 Samstag, den 6. Juni. * A 28; Th.-G. 5001 bis 5500: Die heilige Johanna; 7 bis 10 1/2 Uhr. (4.80).
 Sonntag, den 7. Juni. * D 25; Reichenauerstudien: Romes und Julie. Oper von Gounod; 8 1/2 bis gegen 10 Uhr. (8.—).
 Montag, den 8. Juni. * Volkst. 11: Die heilige Johanna; 7 bis 10 1/2 Uhr. (4.80). Der IV. Rang ist zum Verkauf für das allgemeine Publikum freigegeben.
 Dienstag, den 9. Juni. * G 26; Volkst. 10: Madame Butter- fly; 7 1/2 bis 10 Uhr. (7.—).
 Mittwoch, den 10. Juni. * Th.-G. 1 bis 300, 5501 bis 5800; Peer Gynt. 6 1/2 bis gegen 11 Uhr. (4.80).
 Donnerstag, den 11. Juni. (Probenscheinabend) * B 28; Th.-G. 5601 bis 6000: Die Baubestellung. 6 1/2 bis 9 1/2 Uhr (8.—).
 Freitag, den 12. Juni. Für die Volkshochschule des Landes-theaters und der Bühnengenossenschaft. Unter Abend. I. Teil: Orchesterstück, Melodram von Wille. Pasztybach. II. Teil: Dantes Alceste (Gesänge, Tänze, Rezitationen etc.). III. Teil: „Ganz wie ich, ganz wie ich“, Operette von Offenbach. 7 1/2 bis 10 1/2 Uhr. (4.80).
 Samstag, den 13. Juni. * Th.-G. III. Sond.-Gr. Zum erstenmal: Und Pippa tanzt. Märchenoper in vier Akten von Gerhart Hauptmann. 7 1/2 bis 10 Uhr. (4.80).
 Sonntag, den 14. Juni. * D 26; Th.-G. II. Sond.-Gr.: Intermezzo. 7 bis 10 Uhr. (8.—).
 Montag, den 15. Juni. Volkst. 11: Die heilige Johanna. 7 bis 10 1/2 Uhr. (4.80). Der IV. Rang ist zum Verkauf für das allgemeine Publikum freigegeben.
 Dienstag, den 16. Juni. * F 25; Th.-G. I. Sond.-Gr.: Romes und Julie (Oper). 7 bis gegen 10 Uhr. (7.—).

Im Konzertsaal:
 Sonntag, den 7. Juni und Sonntag, den 14. Juni. * Ameri- kanische Frauen. 7 1/2 bis 10 Uhr. (3.80).
 Kammermusik im Konzertsaal:
 Dienstag, den 9. Juni. * Th.-G. 2001 bis 2500, II. Sond.-Gr., Donnerstag, den 11. Juni. * Th.-G. I. Sond.-Gr. 4001 bis 4500, Freitag, den 12. Juni. * Th.-G. 2501 bis 3000, 3701 bis 4000: Wie Gott Adam und Eva's Kinder segnet. Orchester: Apollon- spiel. 7 1/2 bis nach 9 1/2 Uhr. (3.80).
 Vorrecht für Umtausch der Vorzugsstarten und Vorlaufrecht der Abonnenten und Inhaber von Vorzugsstarten am Samstag, den 6. Juni, nachm. 4 1/2 bis 6 Uhr; allgemeiner Vorverkauf und weiterer Umtausch von Montag, den 8. an. Auslosung der Karten für die Teilnehmer der Th.-Gem. jeweils am Vortag der Aufführung in der Geschäftsstelle (9 bis 11 Uhr, 4 bis 6 Uhr).

Geschäftliches

Wir weisen auf die heutige Bekanntmachung der Preussischen Central-Wohnrenten-Vereinigungsgesellschaft hin.

Berein Genesungsfürsorge

(Großherzog-Friedrich-Jubiläumsspende.)

Die Mitglieder des Bereins Genesungsfürsorge werden zu einer **Versammlung** gemäß §§ 7 und 8 Abs. 1 der Statuten auf:

Samstag, 20. Juni 1925, nachmittags 3 1/2 Uhr,

in das Beratungszimmer des Verwaltungsgerichtshofs in Karlsruhe, Nordl. Sidapromenade 1, Erdgeschoss, Zimmer 2, eingeladen.

Tagungsordnung:
 1. Bericht über die Vereinstätigkeit und Rechnungsergebnisse der letzten 3 Jahre. E. 403
 2. Wahl von 5 Mitgliedern in den Landesaussschuss. Die Eintragung auf Samstag, den 6. Juni wird damit binställig.
 Karlsruhe, den 4. Juni 1925.

Der Vorsitzende des Landesaussschusses:
 Dr. Karl Glöckner.

Die Stelle der Vorsteherin der Haushaltungsschule in Karlsruhe

welche am 1. September 1925 wieder eröffnet wird, ist neu zu besetzen. Gehalt nach Gruppe IX der staatl. Besoldungsordnung. Altersverfugung durch die Fürsorgekasse für Gemeinde- und Körperverfugungsbeamte in gleicher Höhe wie für Staatsbeamte. E. 403

Bewerberinnen aus der Zahl der Haushaltungsleh- rerinnen wollen ihr Gesuch bis spätestens 15. Juni einreichen an

Badischer Frauenverein Karlsruhe, Kaiserallee 10.

Junger tüchtiger Spengler u. Installateur

20 Jahre alt, sucht gute Dauerstellung am liebsten im Schwarzwald od. Rhein- gegend. Zufuhr an Ant. Geyerbauer u. Weibel Ww., Osthofen, Allgäu, Ostbahnhofstraße 1.

Detektiv sucht u. Privat-
Muskantel

„Mannheim“ O. 6, 6. Planen 2. 47 Fernspr. 3305
 R. Maier & Co., G. m. b. H.

Metallbetten

Stahlmatt., Kinderbett., direkt an Private, Katalog 78 R frei. Eisenmehlfabrik Suhl (Thür.).

Weider hiesigen Gemeinde ist die Stelle eines Polizeibleners

neu zu besetzen. E. 405 Bewerber, welche körperlich gesund sind und über genügende Schulbildung verfügen, wollen ihre Gesuche bis längstens 20. Juni d. J., Mittags 12 Uhr, unter Beifügung eines selbstge- schriebenen Lebenslaufes, der insbesondere einen liden-

losen Beschäftigungsnachweis enthalten soll, eines Zeugnisbescheinigung und von Zeugnissen, falls solche vorhanden sind, bei mir einreichen.

Bewerber mit Anstel- lungsschein und solche die über eine entsprechende Vor- bildung verfügen, erhalten den Vorzug.

Die Stelle ist in Gruppe 3 mit Aufträgen nach 4 der Reichsbesoldungsordnung vorgesehen.

Siedenheim, 8. Juni 1925. Der Bürgermeister.

Hof Grenzach, ca. 200 cbm Auffüllung und ca. 200 m Gleislegung, sind nach der vorläufigen Verdingungs- vorchriften vom 1. Juni 1924 zu vergeben. Beding- nisbest und Angebotsvor- drude liegen bei der Bahn- baupolizei Karlsruhe, den 8. an. Auslosung der Karten für die Teilnehmer der Th.-Gem. jeweils am Vortag der Aufführung in der Geschäftsstelle (9 bis 11 Uhr, 4 bis 6 Uhr).

Die Gleisumbau- und Regularisationsarbeiten von 3,65 Km Länge der Bahn Basel—Freiburg zwischen Kleinkems und Fringen und die Verlängerung des Kreuzungsgleises im Bahn-

Internationale Polizeitechnische Ausstellung Karlsruhe i. B.

7. Juni bis 24. Juni 1925 in der Städt. Ausstellungshalle
Sonderbeilage zur Karlsruher Zeitung (Badischer Staatsanzeiger)

Automatische
Fernsprech-Anlagen
jeden Systems in Hanf und Mick
Feuermelder u. Alarm-Anlagen
Elektrische Uhren



Badische Telefon-Gesellschaft
m. b. H.
Karlsruhe in Baden
Gartenstraße 4
Telefon 4982

HINGERICHTET

sei Ihr Blick auf die
Schreibmaschine für 39 Mark
das kleine Wunder
Normalwalzenlänge. Sofort sichtbare Schrift
Leicht erlernbar. Doppelte Umschaltvorrich-
tung etc. Prospekt und Schriftprobe gratis.
Vorführung ohne Kaufzwang
1 Jahr schriftliche Garantie
Adolf Krieg jr., Karlsruhe i. Bad.
Rüppurrerstraße 2 Postscheckkonto 11809

Elektra Karlsruhe

Stefanienstr. 62 Ludwig Renz Telefon 4923
Ausführung elektr. Licht- und
Kraftanlagen, sowie elektr. Alarm-,
Sicherungs- u. Einbruchanlagen
Radio-Anlagen Akkumulatoren-Lade-Station

Ein mechanisches Kunstwerk

Schlüssellose
Sicherheits-Kassetten
mit geh., verstellb.
Unentbehrlich
in jedem Hause,
Geschäft etc.
Buchstabenkloß
Kein Öffnen
mit Nachschlüssel
möglich
Ein Öffnen ohne
Kenntnis des ge-
wähl. Stichwortes
ist unmöglich
Prospekte gratis. Besichtigung ohne Kaufzwang. Vertreter gesucht
Adolf Krieg jr., Karlsruhe i. Bad.
Rüppurrerstraße 2 Postscheckkonto Karlsruhe Nr. 11809

**Herren- und
Damen-Räder**
nur gute Marken, mit Garantie, bereits bei
20 Mark Anzahlung
prompt lieferbar. Verbände Sonderrabatt.
Vertreter: M. Burkert
Kein Laden Waldstraße 8 Kein Laden

Wilhelm Lipp
Lessingstr. 47 KARLSRUHE Telefon 1328
**Elektr. Licht-, Kraft- und
Schwachstromanlagen**
in jeder Art und Grösse

**Elektrische Sicherheits-
und Alarm-Anlagen**
Rheinelektra Mannheim
Büros:
Achern, Baden-Baden, Durlach, Heidelberg,
Karlsruhe, Sinsheim, Tauberbischofsheim

Preußische Central-Bodenkredit-Aktiengesellschaft

Wir bringen zum freihändigen Verkauf:
unsere auf **Feingoldwert** abgestellten,
an der Berliner Börse amtlich notierten
8% Central-Gold-Pfandbriefe
letzter Kurs **85%** zuzüglich Stückzinsen ab 1. Januar d. J.
8% Gold-Com.-Schuldverschreibungen
letzter Kurs **82%** zuzüglich Stückzinsen ab 1. Januar d. J.
Das angelegte Kapital verzinst sich hiernach bei diesen Werten mit 9,4%, bzw. 9,6%.
Kündigung der Anleihen bis Ende 1930 ausgeschlossen.
Rückzahlung erfolgt zu 100%.
Sie sind erhältlich zum jeweiligen Börsenkurse sowohl bei uns selbst, wie auch bei den
bekanntesten Zahlstellen und den übrigen Bankfirmen.
Preußische Central-Bodenkredit-Aktiengesellschaft
Berlin NW 7, Unter den Linden 48/49

Karlsruher Pferde-Rennen

Sonntag, den 14. Juni 1925, nachmittags 2 1/2 Uhr
auf den Wiesen bei Klein-Rüppurr — Haltestelle der Albtalbahn
Öffentlicher Totalisator auf dem 1. Platz
Eintrittspreis: 2 u. 5 M., num. Tribünenplätze 2 M. mehr einschl. Steuer
Vorverkauf: Bankgeschäft **Zweg, Hebel- und Waldstraße**
Am Rennplatz halten folgende Züge der Albtalbahn:
ab Karlsruhe 1²¹, 2²², 2²⁴, 3²⁵, ab Ettlingen-Holzof 1²³, 2²⁴, 2²⁶, 3²⁷,
an Herrenalb 12²⁸.
Bei und nach Schluß der Rennen halten je nach Bedarf mehrere Züge
in beiden Richtungen

In unserem Verlag erscheinen demnächst:
**Vorschriften für die Gemeindegerichte
und Schiedsmänner in Baden,**
bearbeitet im Sekretariat des Justizministeriums.
Die Ausgabe enthält außer den Dienstweisungen
für die Gemeindegerichte und Schiedsmänner noch
die grundlegenden gesetzlichen Bestimmungen für
die Einrichtung der Gemeindegerichte und Schieds-
männer und das Verfahren vor diesen; sie wird
mit einem Sachregister und Inhaltsverzeichnis aus-
gestattet sein.
Die neue Buchausgabe ist für die Gemeindegerichte
und Schiedsmänner unentbehrlich; wir werden sie
deshalb ohne besondere Bestellung jedem Bürger-
meisteramt in einem Stück zuwenden. Etwas weiter
benötigte Stücke wollen alsbald bestellt werden, da
die Auflage nur knapp bemessen werden wird.
Badischer Kommunalverlag, G. m. b. H., Karlsruhe

Im Landestheater
Sonntag, den 7. Juni 1925.
D 25
Neu einstudiert:
Romeo und Julia
Große Oper in fünf Akten,
nebst einem Prolog, von
J. Barbier und M. Carré.
Deutsch v. Th. Gahmann.
Musik von Ch. Gounod.
Musikalische Leitung: A. Lorentz
In Szene gesetzt von G. Bussard.
Personen:
Escalus Sander
Graf Paris Loichinger
Graf Capulet Bättnier
Julie Frau
Tybalt Peters
Gertrude Josef-Lompschil
Romeo Reinwig
Mercutio Käfer
Benvolio Rainbach
Stefano Bass-Rehmann
Gregorio Gschinger
Dr. Lorenzo Dr. Bucherplentz
Anfang 6 1/2, Ende g. 10
Sperrefik I. 8.—

Badische Höhere Technische Lehranstalt

(Staatstechnikum)
Karlsruhe, Molkestraße 9.
Anmeldungen zum Besuch der Anstalt im bevor-
stehenden Winter-Studienhalbjahr sind spätestens bis
zum **15. Juli 1925** an die Direktion schriftlich zu
richten.
Aufnahme- und Nachprüfungen finden am 12. und
13. Oktober statt, mit dem Unterricht wird am 14. Ok-
tober, vormittags 8 Uhr, begonnen.
Antragsscheine zur Erlangung weiterer Auskünfte
ist Rückporto beizufügen.
Karlsruhe im Juni 1925.
Die Direktion
S. Stadtmüller.

Straßenperre.
Auf nachstehender Straßenstrecke des Amtsbezirks
Karlsruhe wird der Verkehr mit Fußwerkzeugen aller Art
zwecks Herstellung einer neuen Straßendecke während
der beiseitezeit gesperrt:
A. 862
Landstraße Nr. 2, Mannheim-Rehl, km 71,180
bis 72,900, d. i. zwischen Grünwinkel und Forchheim,
in der Zeit vom 8. bis 19. Juni ds. Js.
Kleine Verschiebungen in der Zeit der Eindeckung
der Straßen können erforderlich werden. Zutreffenden-
falls nimmt die Straßenperre ihren Anfang mit dem
Tage des tatsächlichen Arbeitsbeginnes und endet am
Tage der Fertigstellung der betreffenden Straßenstrecke.
Zu wiederholungen werden gemäß § 36 6¹⁰
d. Str.G.B. mit Geld bis zu 150 Mk. oder mit Haft
bis zu 14 Tagen bestraft.
Karlsruhe, den 3. Juni 1925. D. 8. 77
Bezirksamt II. a.

Auf Grund des § 23 der Reichsverordnung über
Kraftfahrzeugverkehr vom 15. März 1923 in Verbindung
mit Artikel I § 1 und 3 der bad. Verordnung über
Kraftfahrzeugverkehr vom 30. Mai 1923 wird mit Zu-
stimmung des Bezirksamts Karlsruhe nach erfolgter
Vollziehbarerklärung des Herrn Landeskommissärs in
Karlsruhe vom 23. Mai 1925 folgende
erisvollzeitliche Vorschrift
erlassen.
§ 1. Auf der Bintenheimerstraße vom Südrande des
Hardwalbes bis zum Schützenhaus darf die Fahrge-
schwindigkeit bei Kraftfahrzeugen höchstens 30 km pro
Stunde betragen.
§ 2. Auf der gleichen Straßenstrecke sind Probestfahrten
im Sinne des § 34 Abs. 10 der Reichsverordnung über
Kraftfahrzeugverkehr in der Fassung vom 18. April
1924 verboten.
§ 3. Zur Gewährung von Ausnahmen von den vor-
stehenden Bestimmungen ist das Bezirksamt Karlsruhe
zuständig.
§ 4. Zu widerhandlungen werden gemäß § 21 des
Gesetzes vom 9. Mai 1909 und § 23 der Reichsver-
ordnung vom 15. März 1923, den Verkehr mit Kraft-
fahrzeugen betr. bestraft.
§ 5. Diese Vorschrift tritt mit dem Tage ihrer Ver-
kündigung in Kraft.
Karlsruhe, den 4. Mai 1925.
Der Stadthalter der abgeforderten Gemartung Hardwald.

Städtisches Konzerthaus
Amerikanische Frauen
Lustspiel in drei Akten von
Avery Hopwood
In Szene gef. von Fr. Weug
Personen:
Großmama Frauenborfer
Tom Morgan Klobie
Jiffi Berlow
Sibyl Sutton Rasse
Billy Reynolds Kopf
Nina Gargrave Clement
Betty Lorimer Runge
Antie Lorimer Müller
Sam Gargrave Bäcker
Zimmermädchen Bauer
Diener van Santen
Doris Volkner
Anfang 7 1/2, Ende 16
Partett I 3.80